

Weiterbildungstagung in Maienfeld 28./29. Januar 2010

Im Januar 2010 führte die SPAG eine Weiterbildungstagung mit hochkarätigen Referenten durch. In der zweitägigen Veranstaltung unter dem Titel „Wie weit darf Lobbying gehen?“ kam klar die Wertschätzung hochwertigen Fachwissens zum Ausdruck, welches insbesondere auch von Lobbyisten eingebracht wird. Die Referenten hoben die Rechtmässigkeit und Notwendigkeit der Interessenvertretung hervor und äusserten sich zur Zutrittsregelung zum Bundeshaus.

Thomas Held, Direktor von Avenir Suisse, bezeichnete die bestehende Zutrittsregelung nach dem Gotte/Götti-System als „intransparenten Zutrittssalat“. Demokratie beruht auf der Auseinandersetzung unterschiedlicher Partikularinteressen: Eine moderne Demokratie braucht Lobbying. Gerade um soziale Verantwortlichkeit zu erfüllen, müssen und dürfen Unternehmen, bzw. Unternehmensverbände lobbyieren. Dazu führte Held vier kritische Bemerkungen an:

1. Lobbying steht in einem gewissen Gegensatz zu liberalem, ordnungspolitischem Engagement (Avenir Suisse z.B. macht keine Abstimmungskampagnen)
2. Zwischen Lobbying und Konsens- und Konkordanz-Orientierung besteht ein Widerspruch, weil konsequente Interessenvertretung zur Blockade führen kann, z.B. in der Gesundheitspolitik.
3. Durch die Einsitznahme von Interessenvertretern im Parlament kommt es zu einem hohen personellen Überschneidungsgrad zwischen Legislative und Firmen/Verbänden. Dadurch entsteht ein Konkurrenzverhältnis zu den Lobbyisten.
4. Das angelsächsische 2-Parteien-System führt zu einer starken Bindung an die Partei. Dagegen bestehen in Koalitionssystemen kontinentaleuropäischer Prägung im Parlament Loyalitätsprioritäten erstens nach Interessengruppe, zweitens nach der Region, drittens nach Geschlechtszugehörigkeit und erst an vierter Stelle nach Parteizugehörigkeit.

Diese vier institutionellen Herausforderungen für Lobbying gelten im Normalfall. Mit der Krise kann es aber zu einer Überlagerung der ordnungspolitischen Leitlinien kommen (z.B. Minarett-Initiative). Jedes sachpolitische Lobbying wird taktischen Fragen untergeordnet wegen Überwiegen der Machtfrage (Wahlen 2011).

Auch für **Nationalrat Hans-Jürg Fehr (SP/SH)** bildet das Parlament eine Ansammlung von Interessengruppen. Besonders in der direkten Demokratie ist die Einschaltung in den Meinungsbildungsprozess unerlässlich. Lobbying ist legitim und manchmal eine nützliche Quelle für Information, muss aber auf der Bühne und nicht in der Dunkelkammer stattfinden. Fehr nannte aus seiner Sicht als Parlamentarier eine Reihe von Beispielen nach dem „Zwiebel-Prinzip“, vom Harmlosen zum „Toxischen“:

- *Legitimes Lobbying* lupenreiner Interessenvertretung von deklarierten Verbandsvertretern (Gewerkschaften, Arbeitgeber).
- *Lobbying mit Fragezeichen* : Einladung von Parlamentariern zu einem Essen „zufällig“ am Vorabend einer die Swisscom betreffenden Debatte mit Trottinett als Geschenk.
- Problematisches Lobbying: „*Geisterhand/Fernsteuerung*“: Instrumentalisierung von Parlamentariern durch vorbereitete Drehbücher durch einzelne Unternehmen; Folge: Parlamentarier, die bekanntlich weisungsungebunden und frei entscheiden können, könnten mit solchen Machenschaften in Konflikt mit der Bundesverfassung kommen.
- Toxisches Lobbying: *Verdeckte Mandate* von Parlamentariern, welche als Verwaltungsrat mit finanzieller Entschädigung, bestimmte Positionen vertreten, ihre Interessenbindung aber in dieser Sache nicht klar offenlegen
- Top-toxische Einflussnahme: *Parteienfinanzierung* u.a. durch Banken. Käuflichkeit: z.B. Fall der Parallelimporte durch Pharmaindustrie.

Fehr forderte die Offenlegung der Herkunft solcher Gelder. Die SP lebt von 80'000 Gönnern, die jährlich eine Millionen Franken für Kampagnen spenden. Die bestorganisierten Lobbys sind seiner Meinung nach die mächtigsten und finanzstärksten.

Im Referat von **Nationalrätin Edith Graf-Litscher (SP/TG)** kamen die mangelhafte Regulierung und die Intransparenz des Zutrittssystems zum Bundeshaus zur Sprache. Momentan sind 1'700 Zutrittsbadges zum Bundeshaus im Umlauf, davon über 600 für Journalisten, rund 300 für Altparlamentarier und 409 im „Gotte/Götti-System“ (jedes Parlamentsmitglied kann je zwei Badges vergeben). Um diesen Zustand in geordnete Bahnen zu lenken, hat sie eine Parlamentarische Initiative eingereicht, mit der zusätzlich eine auf einem Ehrenkodex beruhende Akkreditierung für Lobbyisten geschaffen würde. Die Karteninhaber würden in einem öffentlichen Register, das zum Beispiel im Internet einsehbar wäre, aufgeführt und nicht wie bisher nur in einem Bundesordner. Alle Beteiligten würden von mehr Transparenz profitieren, unter anderem würden die Lobbyisten weniger als Konkurrenten gesehen.

Bereits im Jahr 2002 hatte die SPAG eine Regulierung des Zutritts zum Bundeshaus für Lobbyisten vorgeschlagen. Die im Nationalrat angenommene Regelung scheiterte jedoch in der Kleinen Kammer. Der erneute Vorstoss Graf-Litscher wurde von der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats an jene des Ständerats überwiesen. NR Graf-Litscher rief die SPAG zum Handeln auf, indem das Gespräch mit der SPK-SR gesucht werden müsse.

SVP-Generalsekretär und SPAG-Mitglied Martin Baltisser kam auf das Spannungsfeld zwischen Lobbyisten und politischen Entscheidungsträgern zu sprechen. Letztere sehen sich als legitime Interessenvertreter und empfinden die Lobbyisten vermehrt als Konkurrenz, nicht zuletzt durch die Professionalisierung der Politik. Es hat in den letzten 20 Jahren zudem eine massive Ausweitung der Akteure im Lobbying-Umfeld stattgefunden: die Lobbyisten sind sichtbarer aber nicht transparenter geworden. Ausserdem stellt sich die Frage der Qualität: manche Lobbyisten führen mit „wenig inspirierten Aktivitäten“ oder mit fehlender Selbsteinschränkung zu Kontraproduktivität. Gemäss Baltisser sollten die Lobbyisten durch qualitativ hochstehende Informationen einen Mehrwert schaffen. Es geht angesichts der zunehmenden Komplexität der Themenvielfalt nicht um mehr, sondern vertiefte Bündelung von Informationen. Die Anhörung gesellschaftlicher Interessengruppen ist ein wichtiger Teil des politischen Entscheidungsprozesses. Lobbyismus dehnt sich immer mehr auf die Verwaltung bis auf Gemeindeebene aus. Baltisser besteht auf Transparenz, die jedoch nicht zur Bewertung der Interessen und zur Überregulierung führen sollte. Die Zutrittsfrage ist seiner Meinung nach vor allem eine symbolische Frage: Es geht um den Stellenwert des Lobbyings, um die Akzeptanz der Lobbyisten als legitime Akteure im politischen Entscheidungsprozess. Der Status des Lobbyisten könnte durch eine klare Definition gefestigt und das möglicherweise fehlende Selbstverständnis gefördert werden. Die konkrete Umsetzung ist jedoch schwierig, die Schaffung eines Registers z.B. wirft praktische Fragen auf. Eine starke Standesorganisation ist notwendig, denn der Austausch unter Lobbyisten führt zu mehr Selbstbewusstsein.

Martin Säckl, Partner der European Affairs Consulting Group, Brüssel, sprach zum Thema „EU-Lobbying nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages“. Darin entwickelte er die Geschichte und Funktionsweise der EU und ihrer Institutionen. 80% der nationalen Gesetzgebung in den EU-Staaten haben ihren Ursprung in Brüssel. Nach seiner Beurteilung könnten Neuerungen wie der EU-Präsident oder die Aussenvertretung für Multis interessant werden. Dreierpräsidentschaften könnten auch im Lobbying mehr Nachhaltigkeit bringen. Die Entwicklung und Bedeutung der Europäischen Bürgerinitiative (mindestens 1 Mio. Unions-Bürger aus einer „erheblichen“ Zahl von Mitgliedstaaten) ist noch offen, könnte aber für das Lobbying grosser Verbände interessant werden. Die kleinen Lobbys sind oft schneller und besser als grosse Verbände. 300 Multis sind in Brüssel vertreten. Sie allein ohne die Verbände sind wenig wirkungsvoll. Den stärksten Einfluss hat man auf Sachbearbeiter-Ebene.

Podiumsdiskussion

In der abschliessenden Podiumsdiskussion unter Leitung des SPAG-Vorstandsmitglieds Martin Schläpfer erteilten **Nationalrätin Franziska Teuscher (GP/BE)** und **Ständerat Bruno Frick (CVP/SZ)** der Qualität des Lobbyings gute Noten. Es braucht vor allem ein Vertrauensverhältnis zum Lobbyisten, meinte Frick, so dass der Parlamentarier nicht den Eindruck hat, benutzt zu werden. Er soll die Freiheit haben, sich auch anders zu entscheiden. Teuscher schätzt jene Lobbyisten, welche eine Fülle von Material auf den wesentlichen Punkt zu bringen imstande sind. „Der Politiker ist selber der grösste Lobbyist“, führte der St.Galler **Nationalrat Walter Müller (FDP)** aus, der sich als Skeptiker der vorgeschlagenen Zutrittsregelung zu erkennen gab.

Zum Thema „Loyalitätsranking“ von Held sagte Frick, er würde die Parteibindung nicht so gering schätzen. Auch Teuscher äusserte sich diesbezüglich eher kritisch und hob die Glaubwürdigkeit der Politiker hervor. Die am Vortag von NR Fehr stark kritisierte Parteienfinanzierung (ausser jener der SP) gab viel zu reden. Bei der CVP stammt zwar die Finanzierung zu einem guten Teil aus der Wirtschaft, wie Frick sagte, was aber zu keiner Abhängigkeit führt. Viel wichtiger sind gute Kontakte. Die „Kraft der Ideen“ ist wichtiger als Geld. Damit hängt zusammen, dass die Parteienfinanzierung auf dem Meinungswettbewerb beruht. Für Teuscher sind die Spiesse der Finanzierung ungleich lang. Sie möchte indes keine Wertung zwischen legitimem und illegitimem Lobbying vollziehen, sondern Transparenz herstellen.

Einigkeit herrschte an der Tagung, dass Transparenz und Qualität der vermittelten Informationen dem Ansehen der Lobbyisten förderlich sind. Eine moderate Zutrittsregulierung wurde von den meisten Teilnehmern begrüsst.

Nadine Humbel